

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

8.9.1922 (No. 209)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. U. e. n. d., Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 A. — Einzelnummer 4 A. — Anzeigengebühr: 6 A für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14 zu senden und werden in Berücksichtigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Kassenverzug, Maschinenverzug, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Die Not der Zeitungen.

Der deutschen Presse ist in ihrer Gesamtheit — von einigen üblen Ausnahmen abgesehen — das Zeugnis auszustellen, daß sie in der letzten Zeit viel besser die Notwendigkeit begriffen hat, daß gerade die auswärtige Politik des Reiches von ihr verstanden und voll unterstützt werden muß. So ist z. B. der Rapallovertrag, wie die Konferenz von Genoa überhaupt, weiter aber auch die Reparationskrisis der letzten Wochen von dem größten Teil der deutschen Presse mit einem Takt behandelt worden, der sogar in London und in Paris aufgefassen ist und zu entsprechenden Bemerkungen geführt hat.

Während unsere einsichtigen Diplomaten sich früher mit Recht darüber zu beklagen hatten, daß die deutsche Presse die auswärtige Politik nach dem Schema rein parteipolitischer Interessen und unter dem engen Gesichtswinkel redseliger Bekennnisfreudigkeit behandelte, hat man in den letzten Monaten oft genug die Wahrnehmung machen können, daß die Presse auch die schwere diplomatische Kunst des Schweigens am rechten Platze gelernt hat, und daß sie ferner gelernt hat, Sonderanschauungen und Doktrinen mit den allgemeinen, aktuellen Erfordernissen der Weltpolitik in Einklang zu bringen. Wenigstens gilt das, wie gesagt, für die Mehrheit der deutschen Presse. Daß gewisse rechtsradikale und linksradikale Blätter sich auch heute noch von jener Einsicht fernhalten, darf nicht unerwähnt bleiben. Aber Gottlob wird der Einfluß dieser Organe vom Ausland bereits richtig genug eingeschätzt. Und höchstens sind es die französischen Chauvinisten, denen die Entgleisungen der rechtsradikalen Presse ein unverhohlenen Vergnügen bereiten, insofern, als sie diese Ergüsse propagandistisch zu neuen Verdächtigungen der Friedensliebe und des guten Willens des deutschen Volkes ausnutzen.

Auch die außenpolitisch unglaublich törichte Haltung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die im Auslande die für uns sehr schädliche Auffassung hervorrufen konnte, daß Reichsregierung und Großindustrie uneins untereinander sind, während doch die Tatsachen im allgemeinen einen ganz andern Eindruck ergeben, diese törichte Haltung ist doch nur eine Ausnahme. Und das Ausland wird sehr bald merken, daß der Mann, der diese Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt, als Politiker nicht einen solchen Kredit besitzt, daß man ihn völlig ernst nehmen könnte.

Im Ganzen also kann Übereinstimmung darüber waltet, daß die deutsche Presse in ihrer Mehrheit, genau so, wie schon früher die englische und französische, der wichtigste Bundesgenosse für die auswärtige Politik der Reichsregierung ist. Daraus folgert aber, daß unser ganzes Volk, dessen Wohl und Wehe ja von dieser auswärtigen Politik in erster Linie abhängt, heute in allen seinen Schichten das allergrößte Interesse daran hat, die deutsche Presse zu erhalten. Denn faktisch ist die Existenz der Presse bedroht, und zwar noch viel fürchterlicher bedroht, als dies schon in den letzten Monaten der Fall war.

Außenpolitische, innenpolitische, parteipolitische, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Erwägungen vereinigen sich, um ein Eintreten der Gesamtheit des Volkes für die in eine geradezu katastrophale Lage geratene Presse zu fordern. Der Reichswirtschaftsminister hat dieser Tage die Notwendigkeit eines solchen Eintretens anerkannt. Und er hat zugegeben, daß, wenn diese Hilfe nicht einsetzt, wohl überhaupt nur noch ein paar Zeitungen übrig bleiben werden, nämlich solche, hinter denen die ungeheure Kapitalmacht gewisser wirtschaftlicher Kongerne steht.

Allein die Tatsache, daß heute das Papier 400 mal mehr kostet, als im Frieden, wird auch dem größten Optimisten unter unseren Volksgenossen zeigen, daß hier eine Hilfsaktion in die Wege geleitet werden muß. Denn das ist ein Preis, bei dem ein vernünftiges kalkulieren und disponieren für den Verlag einer Zeitung einfach von selbst aufhört.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat dieser Tage eine ganze Reihe von Vorschlägen bezw. Forderungen formuliert, von deren Erfüllung seiner Meinung nach der Erfolg einer jeden Hilfsaktion abhängig zu machen ist. Diese Vorschläge sind, soweit wir das von hier aus beurteilen können, wohl überlegt. Sie können

also durchaus eine brauchbare Grundlage bilden für die Maßnahmen, die zu treffen sind. Aber diese Maßnahmen müssen rasch und ohne Zögern getroffen werden. Das große Sterben im deutschen Blätterwald heißt täglich seine Opfer. Und man weiß genau, daß eine Zeitung, die einmal ihr Erscheinen eingestellt hat, unter den heutigen Umständen kaum mehr ins Leben zurückgerufen werden kann. Wir zweifeln nicht, daß Reichsregierung und Reichsparlament den Ernst der Stunde erkennen und das Nötige tun werden. Aber wie gesagt: Die höchste Eile ist geboten, wenn nicht noch in diesen Wochen neue, schwere Opfer dargebracht werden sollen.

Die Opposition im badischen Landtag.

Dem „Bad. Beobachter“ entnehmen wir folgenden Artikel: Von den 86 Abgeordneten des Landtags gehören 61 — 34 Zentr., 20 Sozialdem. und 7 Dem. — zu den Regierungsparteien; 25 Abgeordnete stehen außerhalb der Regierungskoalition, bilden also die sogen. Opposition. Es sind dies 7 Deutsch-nationale, 7 Landwirtsch., 5 Deutsche Volksparteiler, 8 Kommunisten, 2 Unabhängige Sozialdemokraten und 1 Christl. Vereinigung. Die Regierungsparteien verfügen demnach über eine außerordentlich starke Mehrheit: über 2/3 der Landtags-sitze sind in ihrem Besitz. Die Opposition kann gegen sie rein

Die Tagung des Völkerbunds.

Die österreichische Frage — Die russische Hungernot. — Die Abrüstungsfrage
Finanzlage Danzigs — Polnische Noten

In der gestrigen Sitzung der Völkerbundsversammlung erklärte der schweizerische Bundesrat Motta: Der Krieg ist nunmehr seit 3 Jahren beendet, aber die Lage ist nur immer schlimmer geworden, hat sich immer mehr zugepunktet und ist jetzt härter als jemals. Ist der Völkerbund hier in der Lage einzugreifen und etwas zu tun? Man hat gesagt der Völkerbund sei nur eine einseitige Methode der Völker, für mich ist er aber mehr als das, für mich ist er ein Verband der Völker, in dem die Stimmen der Völker sich geltend machen. Seine Unfähigkeit in den großen politischen Fragen könnte allzu leicht als ein Zeichen der Ohnmacht gedeutet werden. Geil hat gestern gesagt, der Völkerbund müßte alles tun oder nichts. Ich weiß mich mit diesen Worten persönlich und namens meines Volkes ganz und gar einig. Dann kommt Motta auf die österreichische Frage zu sprechen und erklärte: Die gestrige Sitzung des Völkerbundes sei für ihn ein erhebendes Symbol gewesen. „Ich bin dem Rate aufrichtig dankbar“ erklärte Motta, daß er sich mit dieser Frage sofort beschäftigt hat, die eine der wichtigsten und angelegentlichsten der Völkerbundsversammlung ist. In der Form der Völkerbund helfen kann, aber jedenfalls muß das prompt und unmittelbar erfolgen. In jedem Fall habe ich Gott dafür gedankt, daß es einen Völkerbund gibt und habe mich auch zu allen Bemühungen beglückwünscht, die wir zur Stärkung und Festigung des Völkerbundes unternommen haben.“ (Stürmischer Beifall).

Dann gab Bundesrat Motta zu verstehen, daß die Schweiz auf den Anschlag von Sarajewo nicht mehr rechnet, indem er erklärte: Österreich kann die absolute Sicherheit seiner Existenz haben, denn es gibt keinen Staat, der die territoriale Integrität Österreichs antastet wolle. Mit einer Ermütigung an die österreichische Delegation, Vertrauen in den Völkerbund zu haben, der ihr zum Leben und zur Ruhe verhelfen werde, schloß Motta seine mit feierlichem Beifall aufgenommene Rede. Bundesrat Motta wurde nach seiner Rede von vielen Delegierten beglückwünscht, besonders herzlich von sämtlichen Mitgliedern der italienischen Delegation.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Präsident Edward auf die heute stattfindende Hundertjahrfeier Brasiliens aufmerksam gemacht und die Genehmigung erbeten, Brasilien die Glückwünsche der Versammlung zu übermitteln. Der Präsident des Rates, der brasilianische Volkshaupter in London, da Gama, dankte.

Nach der Rede Mottas kam dann Ransen (Norwegen) zu Wort, in dem er über die russische Hungernot sprach. Er erklärte u. a.: Es gibt nicht einen Völkerbund, sondern den Völkerbund und deshalb ist es unbedingt nötig, daß er universell ist, um Europa wahrhafte Hilfe bringen zu können. Ein Beweis dafür sind ja die Konferenzen, die außerhalb des Völkerbundes stattgefunden haben und deren Unwirksamkeit wohl zur Genüge nachgewiesen ist. Auch die Lage eines hochzivilisierten und hochkultivierten Landes wie Österreich führte Ransen als Beweis dafür an, daß mit einem solchen Zusammenstoß Einzelner nichts mehr getan werden könne und daß sich heute alle zusammenschließen müssen, wenn der Welt eine wirkliche Hilfe gebracht werden soll. Ransen erklärte ausdrücklich, daß er das als Vertreter seines Landes sage. Auch für Rußland sei trotz aller Konferenzen nichts erreicht worden. Der Vorzug des Völkerbundes sei eben, daß er eine ständige Konferenz darstelle. Diese Stärke müsse aber auch ausgenützt werden. In Rußland seien mehr als 2 Millionen Menschen Hungers gestorben und das Bild sei so düster, daß Ransen darauf verzichtete, es vor der Versammlung auszubringen. Er erwähnte nur eine Tatsache: daß in Rußland Mütter ihre Kinder aufessen und daß es Gegenden gibt, wo Menschenfleisch auf dem Markt verkauft wird. Ransen hofft, daß die vorgeschlagene Untersuchung den Rat veranlassen werde, eine Kommission für die russische Frage einzusetzen und daß auch energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemien in Rußland ergriffen werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede besprach Ransen auch noch die Minderheitenfrage. Er rechnete aus, daß infolge des Krieges 80 Millionen Menschen ihre Staatsangehörigkeit gewechselt haben, woraus sich die ungeheure Bedeutung dieser Frage zur Genüge erweise. Mit der Methode des Völkerbundesrates zur Behandlung der Minderheitenfrage ist der Redner einverstanden, da sie es möglichst vermeide, die Regierungen mit gar zu vielen Gesuchen zu überhäufen und die Gefühle der Nationalität bei den Minderheiten gegenüber ihrem Staat zu fördern und da sie andererseits doch die Rechte der Minderheiten wahrt. Er machte darauf aufmerksam, daß Lettland und Estland die Minderheitenverträge noch nicht ratifiziert haben, obwohl sie sich vor 2 Jahren gelegentlich ihres Eintrittsgesuches dazu betannt hatten.

Der norwegische Delegierte machte den Rat besonders auf die deutschen Minderheiten in Polen aufmerksam und empfahl sie seiner Berücksichtigung, damit man dort zu einer gerechtfertigten und schnellen Lösung komme. Er unterstützte den Antrag Lord Robert Cecil's, das das saarländische Mitglied der Reparationskommission nur nach vorheriger Befragung des Landrats ernannt werden soll. Zur Abrüstungsfrage beklagte sich der Redner, darüber daß die arbeitende Abrüstungskommission nicht von allen Ratsmitgliedern genügend unterstützt worden ist. Gerade hier solle sich das Schicksal des Völkerbundes entscheiden. Hindernisse, die man nicht vermeiden kann, erklärte der Redner, solle man direkt angreifen, denn die Stunde der Diskussion über diese Probleme sei bald vorbei und es heiße, zu Taten zu gelangen.

Am Ende der Sitzung hielt dann Graf Mensdorf (Österreich) eine kurze Rede, in der er darin erinnerte, wie warmherzig im vorigen Jahr sein Eingreifen in der Versammlung aufgenommen worden sei. Damals bereits habe er aber darauf aufmerksam gemacht, daß die Hilfe für Österreich mit jeder Verzögerung nur umso schwieriger und kostspieliger werden würde. Es sei unerlässlich, Österreich zu helfen, denn die Welt könne nicht dulden, daß inmitten von Europa in einem alten Kulturzentrum ein Herd der Anarchie und der Unordnung entstehe. Ich hoffe, fuhr er fort, daß wir diesmal nicht nur eine Ermunterung erhalten werden, sondern praktische Resultate, die bei uns die Arbeit und das Vertrauen in die Zukunft wieder aufleben lassen. Damit wird der Völkerbund ja nicht nur ein philanthropisches Werk getan und seinen guten Willen bewiesen haben, welchen niemand bezweifelt hat, sondern er wird seine Fähigkeit zu praktischer Arbeit und damit seine Existenzberechtigung nachgewiesen haben.

Ausschuffungen.

Die von der Völkerbundsversammlung ernannten großen Ausschüsse hielten ihre ersten Sitzungen ab. Das Finanzkomitee beschloß, auf Grund einer Prüfung der Konferenz von Genoa die Regierungen Englands, Belgiens, Frankreichs, Hollands, Italiens und der Schweiz zur Ernennung von Steuerfachverständigen aufzufordern. Die Sachverständigen sollen sobald wie möglich Mittel und Wege für eine internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Mißstände der Kapitalflucht und der Doppelbesteuerung finden.

Das Oberkommissariat Ransens teilt mit, daß in der Ukraine immer noch schwere Hungernot herrsche. Die Lebensmittelzufuhren genügen nicht, um der Not Herr zu werden. 250 Lebensmittel-Verteilungsstellen müßten eingehen, da die Lebensmittelzufuhren ungenügend seien. Dadurch würden 96 000 Hungernde nicht mehr mit Lebensmitteln versorgt werden können, falls nicht schnelligt Hilfe einträte.

Die Finanzlage Danzigs.

Das Finanzkomitee des Völkerbundes, das vom Völkerbundsrate mit der Prüfung der Finanzlage Danzigs betraut worden war, hat folgendes Gutachten abgegeben:

Eine Sanierung der Danziger Finanzverhältnisse erscheint nach Prüfung verschiedener Wege nur möglich, wenn anstelle der deutschen Mark eine gesunde Währung gesetzt wird. Das Komitee hält es andererseits für wünschenswert, daß das Reparationskomitee der freien Stadt Danzig Erleichterungen gewährt, was die Lasten anbetrifft, die ihr aus der Übernahme des deutschen Besitzes erwachsen sind. Außerdem ist es zu empfehlen, daß das Reparationskomitee so schnell wie möglich die Verteilung der ehemaligen Staatsgüter vornimmt und sich vor allem über die Zuerteilung der Werft und Eisenbahn ausspricht.

Polnische Noten.

Polen überfandte dem Völkerbundsrate eine Protestnote gegen angebliche Verfolgungen polnischer Einwohner in Deutsch-Oberschlesien.

Nach während der Genfer Verhandlungen soll den Großmächten eine polnische Note überreicht werden, die um beschleunigte Feststellung der Rechtslage Ogalizien ersucht. Dies wird motiviert mit dem Verlangen der polnischen Öffentlichkeit, daß auch in dem bisher nur provisorisch der polnischen Okkupation unterstellten Ogalizien die Wahlen zum polnischen Parlament im November stattfinden. Der Note ist der Entwurf eines polnischen Selbstverwaltungsgesetzes für Ogalizien beigelegt, das Mitte September dem Warschauer Sejm vorgelegt werden wird.

abhängig nicht aufkommen, vorausgesetzt, daß die Regierungskoalition in allen zur Behandlung kommenden Fragen einig und geschlossen ist — eine Voraussetzung, die theoretisch denkbar, in der Praxis aber kaum durchführbar ist. Hier liegt nun die Stärke der Opposition. Ihre Aufgabe wäre, die Regierungskoalition möglichst oft zu sprengen. Vorbedingung für das Gelingen wäre allerdings, daß die Opposition ihrerseits möglichst geschlossen auftritt, oder daß sie über Persönlichkeiten verfügt, die über die eigene Partei hinaus beeinflussend wirken. Keines von beiden trifft allerdings bei der Opposition im badischen Landtag zu; deshalb war sie bisher ziemlich bedeutungslos für den Gang und die Art der Erledigung der dem Landtag zugewiesenen Geschäfte.

Schon ihre Verteilung auf 5 verschiedene Gruppen und Gruppchen — der Vertreter der Wirtschaft, Vereinigung schloß sich dem Landtag an — reduzierte ihr Gewicht ganz bedeutend. Ihre Stellung als äußerster linker und äußerster rechter Flügel im Parlament gab auch keine besondere Schlagkraft gegen die überaus starke Mitte der Regierungsparteien, wenn Kommunisten und Deutschnationale auch öfters — wenn auch aus verschiedenen Motiven — sich zusammenfanden und zusammenstimmten gegen die Regierung. Aber auch die einzelnen Gruppen selbst ermangelten in weitem Umfang „des Ruhms“.

Der Landtag trat zwar manchmal recht laut und geräuschvoll auf. Das konnte aber über die für ihn betrübliche Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß ihm der eigentliche Führer fehlte. In manch wichtigen Fragen directionslos, gab öfters der neben ihnen sitzende demokratische Abg. Dr. Glodner für sie das Signal zum Ja- und Neinsagen. Der freien Rede zum Teil nur recht mächtig mächtig, kam manch Rede ohne Ziel zur Verlesung, dessen Urheber monomöglich nicht im Parlament saß. Und mancher Antrag kam aus Präsidium, dessen Verfasser — so sagt man — nicht auf den Köpfen der Landtagsabgeordneten thronte. Die Herren des Landtages haben wohl selbst eingesehen, daß man mit volkreuzenden Verordnungen allein die Gesetzgebung noch nicht beeinflusst, weder im Plenum, noch in den Kommissionen.

Die deutschnationale Fraktion enttäuschte. Auch die oft recht gallige Redeweise ihres Führers Dr. Wagner-Karlshöhe konnte über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Arbeitskräfte in der Fraktion recht dünn gesät sind. Der einzige Jurist der Fraktion (Schmidt-Bretten) blieb doch fast immer im Kleinkram stecken und erhob sich nie zu umfassenderer Betrachtungsweise. Dabei war die Partei noch mit der Person des Abg. Wagner belastet. Geradezu peinlich aber berührte mehrmals die engherzige Politik und Parteinarbeit der Fraktion in den großen politischen Entscheidungsmomenten des Landes und Reichs, insbesondere auch auf kulturellem Gebiet. Hier hätte eine gewisse Großzügigkeit in der Auffassung und in der Betrachtung der Zukunftstragen der Nation die deutschnationale Fraktion mehrfach zu anderer Stellungnahme bringen müssen — auch in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse, von anderen, aus dem parlamentarischen Regime hervorgehenden Gründen ganz abgesehen. Doch sie verjagte, verzichtete auf entsprechende Einflüsse und holte sich manchetei Schlappen; zu fürchten war sie nie.

Die Gruppe der Deutschen Volkspartei enttäuschte nicht. (D. h. sie hat nach der Ansicht des „Beobachters“ das geleistet, was man von ihr erwarten durfte; und das war wenig. Red. Dr. Karlh. Jg.) Lauter parlamentarische Reulinge — mit Ausnahme des Abg. Raasche, der aber kaum hervortrat, da er sich im 8. Jahrzehnt seines Lebens entschloß, sich badischen Angelegenheiten zu widmen —, die in den Wahlversammlungen so viel in Aussicht stellten, daß dem richtig denkenden Politiker sofort Bedenken aufsteigen mußten. Und die Entwicklung gab ihm recht. Man tritt der Deutschen Volkspartei nicht zu nahe, wenn man sagt, daß sie im Landtag bedeutungslos war. Weder in der Kommissionsarbeit, noch im Plenum vermochte sie sich durchzusetzen. Ihr — wenn auch verächtliches — Bestreben, in die Regierungskoalition zu kommen, geröstete sie selbst durch wenig kluge Reden ihres Führers, des Abg. Prof. Weber, außerhalb des Parlaments und auch durch eine gewisse Uneinigkeit innerhalb der Gruppe, hinsichtlich der Lösung der Frage nach der persönlichen Seite hin. Es geht in Baden zurzeit auch ohne die einst allmächtige, den ganzen Landtag beherrschende nationalliberale Partei! Welche Wandlung! In entscheidenden Abstimmungen stand die Gruppe bald auf Seite der Regierungsparteien, bald bei der Opposition, ohne daß sich ein bestimmtes System erkennen ließ. Es schien öfters eher eine Person, denn eine sachliche Frage zu sein.

Die kommunistische Gruppe rebete viel, aber nur durch ihren Führer, den Abg. Bod, die beiden anderen Genossen, der Kom. Landwirt Schäfer und der Abg. Ritter übten sich mehr in Zwischenrufen als in großen Reden. Das politische Ehepaar der

unabhängigen rebete aber, noch viel mehr, vor allem der weibliche Teil, die Frau Abg. Unger. Beide Gruppen befaßten sich aber mehr mit der „befreundeten“ Reichssozialdemokratie als mit der „verrotteten“ und „heruntergekommenen“ bürgerlichen Gesellschaft. Dabei bemühten sie sich nicht erfolglos für die Vereinerlichung des parlamentarischen Prozents durch neue Schimpfworte usw. Auf den Gang der parlamentarischen Arbeit wollten sie offensichtlich keinerlei Einfluß nehmen, was ihnen auch gelang.

Politische Neuigkeiten.

Die Not der Presse.

Die unsumme Sonderbesteuerung der Zeitungen.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Hinder-Möln wendet sich, einem Priv.-Tel. der „Frankf. Ztg.“ zufolge, in einem in mehreren Blättern erschienenen Aufsatz mit folgenden Worten gegen die Anzeigensteuer und den Holzschlag: Ein Unfug, ein Gewerbe, zu dessen Unterhaltung sich der Gesetzgeber gezwungen gesehen hat, mit einer Sondersteuer zu beladen. Die Regierung hat erkannt, daß der Presse schnellstens geholfen werden muß. Sie möge sofort Vorbereitungen dafür treffen, das die Anzeigensteuer der Zeitungen und Zeitschriften als Sondersteuer aufgehoben, die dann entsprechend dem Umsatzsteuergesetz in Kraft tretende allgemeine Umsatzsteuer auf eine noch zu überlegende Zeit suspendiert wird. Damit diese Aktion der Regierung, für die sie mit Sicherheit im Parlament auf eine Mehrheit rechnen kann, sofort hilft, muß das Reichsfinanzministerium an die Finanzämter Anweisung ergehen lassen, daß den Stundensatzungen von Zeitungen und Zeitschriften grundsätzlich ohne weitere Prüfung zu entsprechen ist. Zur Beruhigung der Presse und sofortigen Klärung der Verhältnisse wird eine einseitige Erklärung der Regierung darüber notwendig sein, das die vorgeschlagenen Änderungen des Umsatzsteuergesetzes erfolgen sollen.

Neben diesen steuerlichen Erleichterungsmaßnahmen sind aber noch einige Fragen sofort von der Regierung zu beantworten. Trifft es zu, das mit dem Holzschlag in Deutschland in unzulässiger Weise zurückgehalten wird, daß vor allem auch die Staatsforsten der Einzelländer eine so weitgehende Beschränkung im Holzschlag zeigen, daß zur Papierherstellung vornehmlich Auslandsholz eingeführt werden muß? Was gedenkt die Regierung zu tun, um dieser Sonderbelastung der Handelsbilanz und dieser Übersteuerungswelle des Zeitungsgewerbes entgegenzuwirken?

„Freibleibender“ Bezugspreis.

Der nach den jetzt geltenden Bestimmungen bestehende Zustand, daß sich die Zeitungsverleger mit den Bezugspreisen ihrer Zeitungen im allgemeinen auf mindestens ein Vierteljahr festlegen müssen, läßt sich unter den gegenwärtigen unberechenbaren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht länger aufrecht erhalten. Einem von den Berufsvertretungen der Zeitungsverleger gemachten Vorschlag entsprechend wird daher nach einer Mitteilung der Postverwaltungen, laut „Neue Bad. Landesztg.“, folgendes Verfahren zugelassen, das für vierteljährlich zu beziehende Zeitungen zum 1. Oktober 1922 und für ganz oder halbjährlich zu beziehende Zeitungen zum 1. Januar 1923 in Kraft tritt. Die Fristen für die Anmeldung von Preisänderungen der Zeitungen zur Aufnahme in die Zeitungspreisliste und in deren Nachträge, sowie die Bestimmungen über die Dauer der Regelbezugszeiten bleiben unverändert bestehen. Die innerhalb dieser Fristen angemeldeten Preise gelten der Post gegenüber nach wie vor als feststehend, den Bezugsnehmern im Inland gegenüber werden sie indessen als „freibleibend“ bezeichnet. Wünscht ein Verleger den Preis seiner Zeitung im Laufe der Bezugszeit zu erhöhen, so hat er dies durch eine Veröffentlichung in der Zeitung den Bezugsnehmern mitzuteilen und sie anzufordern, den Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Preis unter Benützung einer Zahlkarte, die der Veröffentlichung beizufügen ist, unmittelbar an den Verleger abzugeben. Ferner hat er darauf aufmerksam zu machen, daß die Zeitung an solche Bezugsnehmer, die den Betrag nicht rechtzeitig einsenden, nur bis zu einem bestimmten 1. Stichtag geliefert werde. Die den Verlegern bisher gewährte Vergünstigung für die im Laufe der Bezugszeit neu hinzutretenden Inlandsbestellungen durch Benachrichtigung der Absatzpostamt Preisveränderungen anmelden zu können, wird hiermit aufgehoben.

Zur Durchführung des neuen Verfahrens sind den Verlegern von den Postanstalten die Namen und Anschriften ihrer Postbezieher mitzuteilen, damit sie in die Lage versetzt werden festzustellen, welche Bezugsnehmer den von ihnen unmittelbar angeforderten Mehrbetrag nicht bezahlt haben. Um spätere Ein-

wendungen der Bezugsnehmer gegen diese Neuerungen möglichst zu vermeiden, ist es notwendig, jeden Bezugsnehmer über die veränderte Sachlage zu unterrichten. Zu diesem Zweck muß sämtlichen Zeitungsbezieher, auch den am Schalter auszufertigenden, für die vom 1. Oktober ab geltende Bestellung ein in die Augen fallender Zettel auf farbigem Papier mit folgender Aufschrift beigegeben werden:

„Die Preise der durch die Post zu beziehenden Zeitungen und Zeitschriften sind künftig freibleibend“.

Der Verleger kann den Bezugspreis innerhalb der Bezugszeit erhöhen und den Unterschiedsbetrag zwischen altem und neuem Preis unmittelbar von den Bezugsnehmern nachziehen. Wird die Zahlung abgelehnt, so kann der Verleger dem die Namen der Postbezieher mitgeteilt werden, die Lieferung des Blattes von einem von ihm zu bestimmenden Tage an einstellen. Eine Rückzahlung von Bezugsgehalt für den ausfallenden Rest der Bezugszeit findet durch die Post in jedem Falle nicht statt. Als Entgelt für die durch die Zurückziehungsanträge entstehenden Schreib- und Buchungsarbeiten hat der Verleger für jedes zurückgezogene Stück 1 Mark zu entrichten.

Reichspräsident Ebert in Flensburg.

Der Reichspräsident ist gestern vormittag in Flensburg eingetroffen. Im Rathaus antwortete er auf die Begrüßung des Oberbürgermeisters mit einer kurzen Ansprache, in welcher er u. a. ausführte: Wer das Maß der allgemeinen Not des deutschen Volkes heraus ist gerade Ihr Dasein hier durch die Auswirkung des Versalles Vertrags in den neuen Grenzen erschüttert. Ihr Wirtschaftsleben ist ernstlich gefährdet, das Vaterland ist Ihnen entrissen, Ihr Handel unterbrochen, Ihre Industrie besonders auf den Werften schwer gefährdet. Sie haben selbst mit großer Tapferkeit die wirtschaftliche Umstellung auf die neuen Lebensbedingungen in Angriff genommen. Die Hilfe des Staates und des Reiches hat Ihnen hierbei nicht gefehlt und wird Ihnen auch künftig nicht versagen. Aber es sind nicht die Güter wirtschaftlichen Lebens allein, die durch den Nachkriegsdruck des Versalles Vertrags über die Nordmark in Not gekommen sind, auch dem deutschen Volkstum und der deutschen Kultur sind hier schwere Wunden geschlagen und drohende Gefahren entstanden. Deutsche Volksgenossen sind wider ihren Willen und trotz ihrem Proteste von uns abgetrennt worden und auch jetzt noch wird in den deutsch gebliebenen Teilen Schlesiens immer wieder politische Verunruhigung hineingetragen, die das Volksempfinden und den Gemeinschaftsgeist mancher Bewohner dieses Landes gefährden. Wir wollen es als unsere gemeinsame Aufgabe ansehen, um den geistigen Beizug eines zielbewußten kulturellen Deutschland zu pflegen, allen Verdrüßungen und Verlorenheiten entgegenzutreten. Wir wollen in opferbereiter Arbeit Jahrhunderte alte deutsche Kultur dieses Landes erhalten und wo es Not tut, festigen. Die beste Grundlage unseres Hoffens auf wirtschaftlichen und geistigen Wiederaufbau sind die großen Mächte der Heimat und Vaterlandsliebe. Unvergessen wird dem ganzen Volk das gewaltige Bekenntnis zum Reich sein, das Schleswig in seinen Abstammungstagen abgelegt hat und das uns aufs neue mit diesem Grenzland im Gefühl fester Zusammengehörigkeit eint, in ihrer Heimatliebe festhalten an diesem deutschen Boden und in diesem unserem Bewußtsein unlosbar zusammenhalten. Mit der Nordmark ist uns die Zukunft gegeben, daß wir die Räte der Gegenwart überwinden und den Weg in eine glücklichere Zeit uns bahnen.

Die Ausländerfrage in Sachsen.

Das Presseamt des Polizeipräsidiums in Dresden teilt folgendes mit: Bei dem immer stärker werdenden Zustrom von Ausländern und im Hinblick auf die immer größer werdende wirtschaftliche Notlage Deutschlands erachtet das Ausländeramt des Polizeipräsidiums es für seine Pflicht, die Ausländer und die Allgemeinheit darauf hinzuweisen, daß Genehmigung zur Einreise und zum Aufenthalt nur dann erteilt werden wird, wenn zwingende Gründe dafür vorliegen. Alle darauf zielenden Gesuche werden einer strengen Nachprüfung unterzogen und Genehmigung wird nur dann erteilt werden, wenn die vorgebrachten Tatsachen sich dabei als glaubhaft erweisen. Das Ausländeramt gibt insbesondere den einheimischen Gewerbetreibenden, die durch Aufnahme von Ausländern ihren Erwerb haben, anheim, zur Unterstützung der Behörden und zur Vermeidung von Schwierigkeiten, die den Ausländern bei ungerechtfertigtem Zugang entstehen, die Ausländer, die sich an sie wegen Einreise und Aufenthalt wenden, vorher auf diese Pflicht und diese Geschäftsführung des Ausländeramtes aufmerksam zu machen.

Landestheater.

Schauspiel.

In Shakespeares fünfaktigen Drama „Julius Cäsar“, das neuinstudiert am Samstag, den 9. September zum erstenmal in Szene geht, wirken in ersten und wichtigsten Rollen die Damen Ernsth und Moeller, sowie die Herren Würker, Prand, Dahlen, Endlein, Jib, Gemmede, Höcker, Stenschert, Blich, Paschen, von der Trend-Mitzi u. a. — Felix Baumhach hat das Werk neuinstudiert und inszeniert, wobei die früher gestrichenen Szenen des Cäsar und der Trümmern wieder eingefügt, die Volksszenen von allen Shakespeares fremden Elementen gereinigt wurden. Die Bühnenbilder sind mit Rücksicht auf möglichst schnellen Szenewechsel eingerichtet und, dem Regieplan entsprechend, von Direktor Emil Burkard gestellt. Margarete Schellenberg leitete Einrichtung und Auswähl der Kostüme. Die Vorstellung findet im Abonnement A 1 statt und beginnt um halb 7 Uhr.

Oper.

Sonntag, den 10. ds. findet die erste Neuinstudierung in dieser Spielzeit statt und zwar Mozarts „Figaros Hochzeit“ unter der musikalischen Leitung des Operndirektors Fritz Cortolezis und der szenischen des Oberregisseurs Josef Turrau. In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen Brüggele, von Erich, Landwehr, Josef-Tomisch und Stecher, sowie die Herren Ruffard, Pötiner, Glah, Kainbach, Lehig und Wirth. Das neue Bühnenbild des 4. Aktes ist nach einem Entwurf von Emil Burkard geschaffen. Die Mittel dazu wurden dem Landestheater aus einer Stiftung zur Verfügung gestellt.

Der Wert unserer Heimat.

Ein wenig beschämt sind wir, wenn wir uns erst von anderen den Wert unserer engeren, in diesem Falle badischen Heimat, zeigen lassen müssen, und es ist ein schlechter Trost, daß es in anderen deutschen Gauen ebenso oder noch schlechter mit der Landes- und Volkskunde bestellt ist. Verdienstvoll ist das Wirken der historischen Vereine, die die wissenschaftliche Forschungsarbeit hinaustragen in die Bevölkerung, die den zeitgenössischen Menschen zum Bewußtsein bringen wollen, wie

ihre Geschichte aus der Umwelt physisch und geistig gewachsen ist, wie sie die Umwelt wieder bestimmend beeinflussen. Was wissen die meisten z. B. von Gengenbach? Daß es das badische Nizza genannt wird, Klosterplatz und Reichsstadt war. Selbst ist der silberne Saum im Wappen. In einer Arbeit Dr. Kurers in dem 9. Heft der „Ortenau“ wird die Entstehung des Namens Gengenbach auf sehr einfache und natürliche Weise erklärt. „Gäng“ ist ein gut deutsches Wort und heißt so viel wie „rasch“, „schnell“. Gengenbach wäre also gleich Schnellenbach, und den Saum im Wappen bezeichnet der Verfasser als eine Entlehnung aus dem Wappen der Fischer Straßburg, zu welcher Stadt ja Gengenbach in engen Beziehungen stand. Die „Schwedenstraße“ und das „Neuegäßle“ erinnern an die beiden Brände im Jahre 1632 und 1789. Von der „Burg“ Vichtenau im Hanauerland leben wir heute nichts mehr. Aber das Städtchen weist mit seinen Türmen, Mauern und Gräben darauf hin, daß hier eine mittelalterliche Feste gestanden.

Ein Reisetagebuch eines Beileiters des Herzogs Karl Eugen von Württemberg aus dem Jahre 1770 besagt: Die Tracht der Bauern auf dem Schwarzwald und auch der Weiber und Kinder machte dieser Gegend einen sehr guten Effekt und erinnerte uns an die Tracht der alten Teutonen, welche in allen Gemälden ebenso vorgestellt werden. Die Bauern hatten alle einen roten blauen Rock und dertel Strümpfe und schwarze leinwandene Doien an. Der Hut ist nicht aufgeschlagen, sondern rund, und mit einem schwarzen Band um den Kopf desselben eingeseht, von welchem noch einige Bänder hinter sich herunter hangen. Also zu lesen in Büdinghausens Tagebuch über die Schlicht-St. Georzener Bevölkerung. Schaut, wie es heute ist. Günter Müller bringt im gleichen Heft der „Ortenau“ eine Festschrift seiner interessanten Arbeit über die römische Siedlung bei Dinglingen. Etwas ganz Vortreffliches ist die Untersuchung über die Wüstungen im Kreis Baden. Da lesen wir von Dörfchen, die einmal gewesen, wie sie gewesen und wie sie verschwanden, und darüber steht das Rosegger-Wort: „Wie Gemeinden aufstehen und wie sie niedergehen, man sollte es eintragen in weiche Herzen und in harten Stein. Es wäre so groß als die Weltgeschichte. Das geht freilich vor sich so sachte, wie das Waschen und Röhren eines Baumes, und darum halten es die meisten Menschen nicht für wesentlich, darüber zu berichten. Erst wenn der Blitz in den Baum fährt, schaut man

ihn an, und ist erschrocken, daß ein so kraftvolles Leben dahin ist.“

Wir hören über die alte Baumordnung der Leinwand in Ettenheimmünster wie über römische Funde in Haslach, Bager. Zwei Illustrationen der Burg „Schauenburg“ bei Oberkirch und „Gengenbach 1980“ bilden eine wertvolle Beigabe.

Buchkritik.

Der angegebene Verlag von Ernst Basanuth in Berlin feierte kürzlich das Fests seines 50jährigen Bestehens. Die Firma, die im Jahre 1872 von Ernst Basanuth gegründet wurde, widmet sich in der Hauptsache dem Verlag und Vertrieb von Werken über zeitgenössische und geschichtliche Architektur. Unter der rührigen Leitung der Begründer wuchs sich das Unternehmen in wenigen Jahren zu der führenden Firma auf diesem Gebiet in Deutschland aus. Über die Geschichte des Verlages unterrichtet die kurze Einführung zu dem aus Anlaß des Tages herausgegebenen Verlagskataloges. Eine große Anzahl von Standardwerken des deutschen Buchgewerbes sind von hier aus in die Welt gegangen. In den letzten Jahren sind neben den Architekturwerken vorzüglich solche über Kunst und Kunstgeschichte erschienen, von den wir noch einmal auf die vorzüglich geleitete Serie „Orbis-Victus“ und eine der schönsten Bücher der letzten Jahre „Das unbekannte Spanien“ hinweisen möchten. Nach den Werken dieser letzten Jahre zu urteilen, wird die Bedeutung des Verlages für die zeitgenössische Kunst und Kultur auch in den nächsten Jahrzehnten nicht erlöschen.

Aus Anlaß des Jubiläums hat der Verlag seinen Freunden und Mitarbeitern eine, in beschränkter Auflage gedruckte Publikation mit dem Titel „Architekturzeichnungen“ überreicht. Dieses überaus schön und sorgsam ausgestattete Werk wird bald zu den Kostbarkeiten des deutschen Büchermarktes gerechnet werden. Es bringt in bester Reproduktion Zeichnungen (Entwürfe) von Architekten des Altertums, des Mittelalters und der Neuzeit; sie erstrecken sich chronologisch von der Zeit der alten Ägypter bis ins 19. Jahrhundert hinein. Für jeden Freund der Architektur und der Kunstgeschichte sind die Abbildungen, denen ein gut geschriebener Text beigegeben ist, eine Quelle der Anregung und des Genußes.

Die Verschwörung gegen die rumänische Königsfamilie.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß das Komplott zur Ermordung des Königs Ferdinand von Rumänien, des Königs von Serbien und einer Reihe von Ministern durch das ungarische irredentistische Komitee in Budapest ausgearbeitet worden sei. Demitral Gorthy soll in die Angelegenheit verwickelt sein. Drei der verhafteten Verschwörer sollen umfassende Geständnisse abgelegt haben. Der eine von ihnen ist ein Irlandsbernamens Delmont, der kürzlich erst von Wien angekommen ist. Es handelt sich darum, die gesamte königliche Familie von Rumänien, sämtliche rumänischen Minister, König Alexander von Serbien, sowie Raffort und Wensky zu ermorden. Ein anderes Telegramm aus Belgrad, das der „Zeit Parisien“ wiedergibt, betont, daß alle Gerüchte von einem erfolgten Mord auf König Alexander von Serbien unbefähigt seien.

Die Kämpfe in Kleinasien. Türkische Siegesproklamation.

Aus Osmas hat Mustafa Kemal Pascha eine Proklamation an das nationalistische Heer erlassen, worin er es zu seinem Sieg beglückwünscht. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Die türkischen Nationalisten dürfen mit Recht vertrauensvoll in die Zukunft blicken. Neue Kämpfe sind noch in Anatolien wahrscheinlich. Euer nächstes Ziel ist das Negäische Meer. Vorwärts!“

„Daily Mail“ meldet aus Smyrna, daß infolge des schnellen Vorgehens der türkischen Truppen die Lage in Smyrna äußerst kritisch geworden ist. Die griechische Bevölkerung flüchtet, und viele andere Einwohner haben ebenfalls die Stadt verlassen. Die britischen Unterthanen fahren gemäß den Anweisungen des britischen Generalkonsuls nach Esmern. Nach den letzten Berichten von der Front richtet sich der türkische Angriff nunmehr gegen Osmas, 60 Meilen von Smyrna entfernt. Der Korrespondent der „Times“ in Konstantinopel schreibt, der allgemeine Eindruck nach dem letzten griechischen Kommuniqué sei, daß die Lage sich etwas gebessert habe. Sie würde sich vielleicht noch weiter bessern, wenn die politischen Leiter in Athen dem Militär in Kleinasien freie Hand gewähren würden. Die Neubefehung der Führerstellen im griechischen Heere werde für befriedigend angesehen. Weiter meldet aus Konstantinopel, daß den letzten Berichten zufolge die nationalen Streitkräfte augenblicklich in der Nähe von Maschur operieren, aus Washington, daß auf Veranlassung des amerikanischen Generalkonsuls in Smyrna das Flottendepartement dem amerikanischen Admiral Bristol in Konstantinopel den Befehl erteilt habe, eine Anzahl Zerstörer nach Smyrna zu entsenden zum Schutz von Leben und Eigentum. Das Flottendepartement teilt mit, daß dieser Aktion weder eine politische noch eine militärische Bedeutung beizulegen sei.

Griechenland erucht um Waffenstillstand.

Das von Griechenland nunmehr offiziell gestellte Ersuchen um Vermittlung der Westmächte zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes bildet den Gegenstand eines Gedanken-austausches zwischen den Kabinetten in London, Paris und Rom. Nach Meldungen der hiesigen Presse soll das Londoner Auswärtige Amt den britischen Oberkommissar bereits mit einer Demarche in diesem Sinne beauftragt haben. In englischen Kreisen hoffe man, in zwei bis drei Tagen eine Zusammenkunft von Vertretern der Regierungen in Athen und Ankara in der Nähe von Smid zum Abschluß eines Waffenstillstandes herbeiführen zu können. Allerdings befürchtet man, daß der türkische Oberkommandierende in Ausübung seines Sieges weit drückendere Waffenstillstandsbedingungen stellen werde, als in den letzten Vereinbarungen zwischen Paris, London und Rom vorgesehen war, und daß von türkischer Seite vor allem die heikle Frage der Räumung des östlichen Thrakiens von neuem aufgeworfen werde. Die französische Regierung, die die Entwicklung der letzten beiden Wochen mit großer Befriedigung verfolgt, und die ein Interesse daran hat, den Türken freie Hand zu lassen, scheint es im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung keineswegs eilig zu haben mit dem Abschluß eines Waffenstillstandes. Sie hat sich in ihrer letzten gestrigen Abend nach London abgegangenen Note auf den Standpunkt gestellt, daß die Verhandlungen wegen Einstellung der Feindseligkeiten ausschließlich Sache der beiden kriegführenden Parteien seien.

Der türkische Siegeszug.

Aus Konstantinopel liegen Meldungen vor, nach denen zwei Korpskommandanten, vier Obersten, sowie 400 Offiziere und 10.000 Soldaten in türkische Gefangenenshaft geraten sind. Nach dem Fall von Bursa haben die Türken nunmehr die Stellung am See von Aboloni eingenommen. Sie sehen ihren Vormarsch in der Richtung auf Panderma fort.

Der italienische Außenminister Schanzer empfing gestern den Vertreter der Regierung von Ankara, Fetih Bey, zu einer längeren Aussprache. In Kreisen der römischen Konsulate bestätigt man, daß die englische Diplomatie mit der vollständigen Räumung Kleinasien rechnet. Man befürchtet einen Gegenruck Griechenlands auf dem Festlande gegen Konstantinopel und leidet eine Fühlungnahme der Verbündeten ein, ob und wo eine Kompensation seitens Griechenlands möglich sei.

Kurze polit. Nachrichten.

Ein Rücktritt Bradburys? Nach einer noch unbefähigten Meldung, die das „Zeit Journal“ aus London veröffentlicht, hat Sir John Bradburn, der englische Delegierte bei der Re-

parationskommission, darauf bestanden, aus der Kommission auszutreten. Man fange jetzt in London an, an seinen Nachfolger zu denken, und zwar werde der Name Lord Weston in den Vordergrund gehoben.

Arbeitslosenbataillone nach London. Nach einer Erklärung des Führers der Union der Arbeitslosen steht eine große Demonstration aller englischen Arbeitslosen in den nächsten Tagen bevor. Aus allen Teilen Englands wollen sich Arbeitslosenbataillone zu Fuß nach London begeben, um dort eine große Demonstration zu veranstalten. In Glasgow haben Arbeitslose eine große Anzahl Geschäfte geplündert.

Die Neuorganisation der Reichsbahn. Der Organisationsausschuß im Reichsverkehrsministerium hat unter Vorsitz des Staatssekretärs Kumbier die Beratungen über die Neuorganisation der Reichsbahn wieder aufgenommen und das Problem der Selbstkosten des Reichsbahnbetriebs behandelt. Zur weiteren Bearbeitung dieser verwickelten, aber für die wirtschaftliche Führung des Reichsbahnunternehmens wichtige Frage wurde ein Unterausschuß von 4 Mitgliedern der Reichsbahn und der Personalvertretung eingesetzt, der Sachverhältnisse zur Förderung der Arbeiten zuziehen kann.

Deutscher Industrie- und Handelstag. Der Deutsche Industrie- und Handelstag beruft auf den 13. September 1923 eine Vollversammlung nach Berlin ein, in der Herr Geheintat Dr. Huber, Berlin, über den Entwurf eines Reichsrahmengesetzes für die Industrie- und Handelskammern, Herr Ullrich von der Disconto-Gesellschaft-Berlin über die Kreditnot und die Bedeutung des Handelswechsels in der jetzigen Zeit Bericht erstatten werden.

Frankfurter Expreßguthaberbefreiung zur Herbstmesse. Für die vom 8. bis 14. Oktober stattfindende Frankfurter Herbstmesse wird die Reichsbahndirektion für die beschleunigte Befreiung von Rehgütern in der Zeit vom 2. bis 7. Oktober täglich besondere Wagen von Berlin, Leipzig und Köln nach Frankfurt a. M. verkehren lassen. In diesen Wagen können Messigüter als beschleunigtes Güter und als Expreßgut aufgegeben werden.

Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung. Im Reichsrate wurde heute eine Verordnung über die Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung auf die Rinderbrennereien in der Ausschüttung angenommen. An der öffentlichen Brotversorgung sollen 18. Okt. d. J. ab nur noch diejenigen teilhaben, deren Einkommen im Jahre 1921 30.000 M. nicht übersteigt, wozu noch für jedes Angehörige des Haushalts ein Betrag von 15.000 M. hinzugerechnet wird. Für das Jahr 1922/23 soll die öffentliche Brotversorgung nur denjenigen zugute kommen, die ein Einkommen haben, das die oben genannte Summe um das Vierfache nicht übersteigt.

Ein Laib Brot 80 M. in Berlin. Vom nächsten Monat ab kostet ein 1800 Gramm Brot in Berlin 80 M.

Badische Uebersicht.

Die Behandlung tuberkulosekranker Kriegsbeschädigten.

Vom Hauptversorgungsamt Karlsruhe wird mitgeteilt:

In letzter Zeit sind verschiedentlich Artikel erschienen, die sich mit der Unterbringung der tuberkulosekranken badischen Kriegsbeschädigten in Heil- und Kuranstalten beschäftigen und die, um falschen Auffassungen vorzubeugen, eine kurze Klarstellung der Sachlage nötig machen. Es wird bei diesen Aufzeichnungen darauf abgesehen, daß die i. Z. vom Reichsarbeitsministerium verfügte Auflösung verschiedener Versorgungsanstalten, in erster Linie Dürheim, ferner auch Sulzburg, schwere gesundheitliche Nachteile für die bisher in diesen Anstalten untergebrachten, zumal für die in das Versorgungsanstaltenhaus Karlsruhe verlegten Tuberkulosekranken zur Folge gehabt habe.

Die Auflösung der Versorgungsanstalten Dürheim und Sulzburg mußte leider notwendig erfolgen, weil das Verhalten der Kranken selbst zu unhaltbaren Zuständen geführt hatte, die den eigentlichen Zweck dieser Einrichtungen illusorisch machten und übrigens auch die Gemeinden veranlaßt hatten, die Schließung der Anstalten bei der zuständigen Stelle zu betreiben. Dadurch wurde jedoch keinem Kranken diejenige Behandlung vorenthalten, deren er auf Grund seines Zustandes bedurfte. Wohl bei der im Anfang gewisse Schwierigkeiten hinsichtlich der heilförmigen Unterbringung Lungenkranke, doch waren sie ziemlich bald behoben, weil sich die Aufnahmefähigkeit für Kriegsbeschädigte in der Heilstätte Friedrichsheim der Landesversicherungsanstalt erweiterte, ferner das vorzüglich ausgestattete und geleitete Krankenhaus Rohrbach zur Verfügung stand, und es auch gelang, mit 2 Lungenanstalten in Schönberg im württembergischen Schwarzwald Verträge wegen der Aufnahme lungenkranker Kriegsbeschädigter abzuschließen. Jutzelt ist außerdem das Versorgungsanstaltenhaus Mülheim, das bisher schon ausschließlich für Tuberkulosebehandlung benutzt wurde, in der Umwandlung in ein besonderes Lungenkrankenhaus begriffen und wird voraussichtlich im nächsten Oktober seiner neuen Bestimmung übergeben werden können.

Für die Unterbringung chirurgischer Tuberkulosefälle in Kurorten hat überhaupt nie eine Schwierigkeit bestanden. Derartige Kranke konnten nach wie vor in Dürheim (Landesanstalt) und seit einiger Zeit auch in Mappenu untergebracht werden, sobald von ärztlicher Seite eine solche Kur für erforderlich gehalten wurde, ferner z. B. auch im Krankenhaus Mägen, wo Prof. Franke, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiet der chirurgischen Tuberkulose, die Behandlung leitet. Was nun die zungunsten des Versorgungsanstaltenhauses Karlsruhe mit der früheren Versorgungsanstalt Dürheim gezogenen Vergleiche anlangt, so kann die damit verfolgte Beweisführung nicht als geklärt erachtet werden. Gewiß ist die Vereinigung einer Höhen- und Waldlage mit der Möglichkeit speziell-chirurgischer Behandlung als ideal zu bezeichnen, aber das darf nicht dazu führen, die Heilfaktoren anderer Krankenanstalten gering zu bewerten, die den Vorzug der Höhen- und Waldlage nicht besitzen. Der Höhenlage kommt nämlich für den Erfolg der Tuberkulosebehandlung durchaus nicht immer die entscheidende Bedeutung zu, die ihr in Laienkreisen vielfach beigemessen wird, was auch schon daraus entnommen werden kann, daß nicht wenige deutsche Lungenheilstätten im Tiefland angelegt sind und trotzdem ebenso günstige Ergebnisse aufzuweisen haben wie die Höhengelegenen. Ferner ist für die chirurgische Spezialbehandlung mit ihren sämtlichen Einzelheiten an sich ganz gleichgültig, ob sie in der Höhe oder in der Tiefebene stattfindet.

Auch im Versorgungsanstaltenhaus Karlsruhe kann sie genau in der gleichen Höhe und Vollständigkeit gewährt werden wie sonst in Dürheim, da nicht nur fachkundige Ärzte zur Verfügung stehen, sondern auch für alle in Betracht kommenden Behandlungsmöglichkeiten von den rein chirurgischen Eingriffen, Tuberkulininjektionen, Nüchtern- und Quarzlampebestrahlungen, Bädern usw. bis zu Liegekuren und reichlicher Ver-

Karlsruher Herbstwoche.

Alemannisch-pfälzischer Sonntag.

Die Geschehnisse unserer Tage haben den Karlsruher Verkehrsverein zur Überzeugung gebracht, daß sich seiner sein Betätigungsfeld bis in die angrenzende Pfalz, sowie bis in den südlichsten Winkel des deutschen Reiches zu den Alemannen erstrecken muß. Hier wie dort sind tief einschneidende kulturelle Aufgaben zu lösen. Die fundamentalen Weisheit, daß Berg und Tal nicht zusammen kommen können, jedoch aber die Menschen dieser Schollen, hat den Verantwortlichen der Herbstwoche den Gedanken eingegeben, in den Rahmen dieser Veranstaltung den Pfälzern und Alemannen einen Sonntag einzufügen. Als Glieder eines Volkes sollen sie sich wieder einmal sehen und mit einander reden, was ihr Herz bewegt. Ebenem, als die Zeitung und die billige Postkarte fast täglich die Verbindung zwischen Nord und Süd, West und Ost herstellte, und der Schienenstrang fast stündlich die Möglichkeit bot, von einem Ende zum anderen zu fahren, waren dem Meinungsaustausch seine Grenzen gesteckt. Nun soll in der Karlsruher Herbstwoche den Alemannen und Pfälzern Gelegenheit geboten werden, sich auf halbem Wege zu begegnen, um hier in der badischen Landeshauptstadt einander mit einem kräftigen Handschlag zu begrüßen. Karlsruhe freut sich von Herzen, beide Stammesbrüder in seinen Mauern willkommen zu heißen. Es sind zum Empfang der lange hier nicht mehr gesehenen Alemannen und Pfälzer auf diesen Tag hin alle erdenklichen Vorbereitungen getroffen worden. Ein froher leichter Sinn soll nach der harten Arbeit dieser Wochen und Monate den Festtag wirren. Ein erster Grundton wird aber demnach durchklingen: hier haben sich an der äußersten Südwestecke des Vaterlandes Stämme die Hände gereicht, die trotz aller Not und Gefahr ein einzig Volk von Brüdern bleiben wollen.

Das gesamte Programm für den Tag steht im wesentlichen folgendes vor: Vormittags Empfang der Gäste mit Musik am Hauptbahnhof. Um halb 2 Uhr Beginn des Festzuges, der in der ehemaligen Dragonerkaserne Aufstellung nimmt und sich von da aus durch die Kaiseralle, Kaiser- und Waldstraße zum ehemaligen Schloss bewegen wird, von dessen Ballon aus eine von Gesangsvorträgen umrahmte Ansprache an die Teilnehmer stattfinden wird, sodann bewegt sich der Zug durch die Karl-Friedrich- und Wittlingerstraße zum Festballenplatz, wo er sich auflöst. Er wird ein farbenprächtiges Bild bieten und eine stündliche Länge aufweisen. Eine Reihe von Pfälzer Originalgruppen bilden Höhepunkte im Zuge, so ein Jagdzug „der Jäger aus Kurpfalz“, Böheimer Schützen, „Wanderzug des Weines“ (2 Wagen mit Ochsengepannen), Pfälzer Läger und Tänzerinnen, Wingerzug, Pachtungsgruppe, Küferwagen, ferner Pfälzer Typen wie „Gaardter Quetschbuche“, „Bermesener Schußschlapp“, „Pirwäsenfer Schuhindustrie“, „Eins und jetzt“, „Rambacher Berschiebmacher“, „Reisbammer Zwiwelhändler“, „Lambrechtter Rod“ u. a. m. Außerdem ist erfreulicherweise mit der Beteiligung zahlreicher Karlsruher Vereine und Korporationen, darunter auch solcher mit Gruppen (Wagen), zu rechnen. Von 11 bis 12 Uhr vormittags wird im Landestheater ein Pfälzer Theaterstück „Die Schaffhau“ von Raler Müller aufgeführt. Nachmittags 3 Uhr beginnt in der Festhalle der Pfälzische Teil der volkstümlichen Veranstaltungen mit besonderem Programm. Daneben ist von 4-8 Uhr nachmittags ein Pfälzisches Volksfest im Stadtpark vorzusehen, wobei noch einige charakteristische Darbietungen, wie die „Böhammer Schützenjagd“ und die Versteigerung des „Lambrechtter Bades“ u. a. m. besonderes Interesse erwecken werden. Auch die Hanauer Stadtkapelle in ihrer hübschen Tracht ist dazu zu erwarten. Abends 8 Uhr beginnt in der Festhalle der alemannische Teil des Tages, der hauptsächlich vom Gesangsverein „Liederklang“ Karlsruhe bestritten werden wird. Väterliche in alemannischer Mundart, die Aufführung eines jenseitigen Stückes „Die Traumbuche“, eine fröhliche

Dorfgeschichte von Stadtpfarrer Hindenlang, und die Vorführung von lebenden Trachtenbildern aus dem Schwarzwald, die der Trachtenverein der Saar freundliche zu stellen übernommen hat, werden der Veranstaltung echtes Gepräge verleihen. Neben diesen Veranstaltungen gibt das Badische Landesstheater eine Festvorstellung „Tristan und Isolde“ im Landestheater und das jugendliche Lustspiel „Lieselott von der Pfalz“ im Kongresshaus.

Es wird sich der Pfälzer Sonntag zu einem Ehrentag für die Pfälzer und für die Gäste aus dem alemannischen Teil des badischen Landes gestalten. Es gilt für die Karlsruher, sich zum Empfang der Gäste zu rüsten, und ihnen ein herzlich „Willkommen“ entgegenzurufen, auch mit der Beilagung der Häuser auf den Festtag nicht zurückzubringen. Eine am 20. August im großen Rathausaal seitens des Verkehrsvereins mit Vertretern hiesiger Vereine abgehaltenen Besprechung hat ergeben, daß zahlreiche Vereine und Korporationen der Stadt durch ihre aktive Beteiligung am Festzuge das Unternehmen freudig unterstützen. Der Vorstand des Vereins der Rheinpfälzer, zugleich Vorsitzendes des Saarvereins Ortsgruppe Karlsruhe, Ingenieur Kayser, hob dabei besonders hervor, wie selbst Scharen von Saarländern die Kosten und sonstigen Opfer nicht scheuen werden, um einmal auf freiem deutschen Boden sich wieder als deutsche Bürger zu fühlen und neuen Mut für ihren schweren Kampf zu schöpfen. Von verschiedenen Seiten, so von dem Vorstande des Arbeiterbildungsvereins, Rechtsanwalt Dr. Heinsheimer, dem Vorsitzenden der Sängervereinigung Karlsruhe, Oberverwaltungsinspektor Scheiffen, und dem der Metzgerinnung, Stadtverordneten Veitche wurde die vaterländische Bedeutung des Festzuges nachdrücklich unterstrichen und die Bereitwilligkeit tätiger Unterstützung zu erkennen gegeben. Nach diesem erfreulichen Ergebnis wird der Verkehrsverein nun in den nächsten Tagen noch an alle diejenigen Vereine, denen es nicht möglich war, einen Vertreter zu der Zusammenkunft zu entsenden, herantraten und sie bitten. Abordnungen mit Vereinsfähnen oder Standarten, wenn möglich auch mit irgend einer typischen Darstellung — es sei hier besonders an die gewerblichen und sportlichen Vereinigungen gedacht — zum Festzug zu entsenden. Es ist zu hoffen, daß die idealen Vorbereitungen des Vereins von Erfolg gekrönt sein werden, und daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der Stämme links und rechts des Rheins an jenem Tage eine nachhaltige Stärkung erfährt, die für die Südwestmark des Deutschen Reiches und ihre mehr oder minder hart bedrückte Bevölkerung dringend wünschenswert ist.

Geflügelausstellung mit Markt. Die Vorbereitungen für die Geflügelausstellung mit Geflügelmarkt sind in vollem Gange. Die letzte Woche abgehaltene Versammlung des Badischen Vereins für Geflügelzucht beschäftigte sich eingehend mit der Veranstaltung, die bestimmt am 16. und 17. September im Gartenaal der Schrempfischen Brauerei stattfinden soll. Aus der näheren Umgebung sind bereits Meldungen von wertvollen Tieren eingegangen. Auch die Preisrichterfrage ist erledigt, so daß bei reger Beschäftigung auch die Veranstaltung ein vollkommenes Gelingen in der Reihe der Veranstaltungen der Herbstwoche bilden wird.

Bedeutung des Turmbergs. Durch veranstaltet in Verbindung mit der Karlsruher Herbstwoche am Samstag, 10. Sept., eine wirkungsvolle Beleuchtung des Turmbergs und der Pergine. Bei günstigem Wetter werden am genannten Tag nachmittags und abends Konzerte bei der städtischen Turmbergwirtschaft stattfinden. Die Arbeiten zur Herstellung eines geeigneten Platzes hierfür sind im Gange. Es ist erfreulich, daß die Stadt Durch ihre Beteiligung an der diesjährigen Karlsruher Herbstwoche zugesagt hat und damit den Willen bekundet, mit dem nachbarlichen Karlsruhe in Verkehrsfragen zusammenzugehen. Möge dieser ersten Unternehmung ein voller Erfolg beschieden sein.

pflege geübt ist. Dazu kommt die Möglichkeit jederzeitiger Schwächung besonderer Bedeutung in den dazu geeigneten Fällen.

Von den 11 Fällen aktiver chirurgischer Tuberkulose, die sich augenblicklich im Versorgungs-Krankenhaus Karlsruhe befinden, ist für 4 eine Kur in Dürheim oder Nappenau in Aussicht genommen bzw. schon beantragt, während bei den übrigen hierfür nach ärztlichem Ermessen eine Notwendigkeit zurzeit nicht vorliegt. Schließlich sei erwähnt, daß seit Mai 1920 nur ein einziger Todesfall bei einer chirurgischen Tuberkulose im Versorgungs-Krankenhaus Karlsruhe vorgekommen ist und auch dieser nur, weil der Kranke entgegen ausdrücklicher ärztlicher Anordnung die nötige Bettruhe nicht innehielt und sich durch das eigenmächtige Aufstehen eine tödliche Bauchfellentzündung zuzog.

Die Behauptung, daß durch die Auflösung von Dürheim und Sulzburg tuberkulosekranke Kriegsbeschädigte gesundheitlich schwer geschädigt worden seien, entbehrt daher einer zureichenden Begründung.

Vom deutschen Weinbaukongress in Freiburg.

DZ. Freiburg, 8. Sept. Die heutige Sitzung wurde eröffnet mit einem Vortrag des Landwirtschaftsrats **Künzner-Reußhadt** a. S., der über beachtenswerte Neuerungen bei der Weinbehandlung sprach. Er verbreitete sich in der Hauptsache über die im pfälzischen Weinbau gemachten Erfahrungen und Beobachtungen, und zwar erstens in bezug auf die Entleerung des Weines auf altem Wege, also durch Filtration, und zweitens in bezug auf die Befreiung der Hauptursachen der Trübung der Weine nach dem Verfahren von Dr. Röstinger. Weiter streifte der Redner das Problem der Jähreinigung und verwies auf die Notwendigkeit der Konstruktion eines handlichen Jähreinigungapparates, auf die Widerstände der Weingeleggebung für die moderne Weinbehandlung und forderte eine Umgestaltung derselben nach den jetztzeitigen Bedürfnissen. Der Vortragende schloß mit einer Anerkennung der bisher geleisteten wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiete der Weinbehandlung, forderte aber noch intensivere Arbeit und richtete schließlich einen Appell an die Regierung, dem gesamten deutschen Weinbau und der Praxis der Weinbehandlung mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Der zweite Referent des Tages, **Administrator Sufferheld**, fand mit seinem überaus sachlichen und anregenden Vortrag mit dem Thema: „Können unter gleichzeitiger Erhöhung der Durchschnittserträge die Produktionskosten im Weinbau wesentlich verringert werden?“ langanhaltenden Beifall. Er verwies zunächst auf die trübe Zeit, die dem deutschen Weinbau bevorsteht, und betonte auf Grund dieser Voraussetzung die Notwendigkeit der Verbilligung der Produktionskosten bei Erhöhung der Qualität der deutschen Weine, um die Existenz und Konkurrenzfähigkeit des deutschen Weinbaues zu sichern. Auch auf eine Verbilligung der Weinpreise müsse seitens der Weinproduzenten hingewirkt werden. Der Schluß seiner Ausführungen gipfelte in dem unbedingten Ergebnis, die heranwachsende Wingergeneration in Weinbauschulen nach den Bedürfnissen der modernen Weinbergbewirtschaftung heranzubilden, da heute leider noch vielen, hauptsächlich den großen und mittleren Weinbergbesitzern, die notwendigen praktischen Kenntnisse fehlen.

Den Reigen der sich an diese beiden Vorträge anschließenden lebhaften Diskussionen eröffnete zunächst Herr **Geheimer Regierungsrat Mellor** (Berlin) vom Reichsministerium des Innern, der eine wohlwollende Prüfung der Anregungen des Weinbaues nach den gegenwärtigen Bedürfnissen der Praxis zusicherte. Es sprachen noch unter großer Aufmerksamkeit des Hauses zahlreiche Gelehrte und Fachmänner aus allen weinbaureichenden Gebieten des Reiches. Das dritte Referat hielt der Direktor des neugegründeten Weinbauinstituts in Freiburg i. Br., Herr Dr. **Müller** über „Neue Erfahrungen über die Rebschädlingsbekämpfung“. Er verbreitete sich zunächst über die biologischen Forschungen der verschiedenen Krankheits-erreger. Er führte dann aus, daß bereits in Baden seit über 10 Jahren ein systematischer Peronospora-Bekämpfungsdienst eingerichtet ist, und rühmte dessen segensbringende Tätigkeit. Der weitere Teil seiner Ausführungen war der Besprechung der verschiedenen auf den Markt kommenden chemischen Schädlingsbekämpfungsmittel, deren Anwendung und Wirkung gewidmet. Seine Rede endete mit einem Appell an die deutsche chemische Industrie, unentwegt aber mit mehr Konzentration

auf dem Wege zur Suche nach einem wirklich einwandfreien Schädlingsbekämpfungsmittel für Peronospora, Heu- und Sauerwurms, Reblaus usw. fortzuschreiten.

Auch hieran schloß sich eine längere Diskussion, in der sich zahlreiche Redner teils für, teils wider die angepriesenen Mittel aussprachen, und die den anwesenden Vertretern der heimischen Industrie wertvolle Gelegenheit gab, die Vorzüge ihrer Fabrikate zu rühmen.

Das letzte Referat der Tagung erstattete der Generalsekretär des deutschen Weinbauverbandes Dr. **Fahrenschon** (Karlsruhe), der die wirtschaftliche Lage des deutschen Weinbaues besprach. Er führte aus, daß sich dieselbe wohl gegenüber den Jahren vor dem Kriege wesentlich gebessert hat, daß aber auch die Produktionskosten usw. wesentlich gesteigert worden sind, die Lage des Winzers also trotz der hohen Weinpreise nicht als durchaus rosig bezeichnet werden kann, zumal wenn man das Risiko des Eintritts einer Mißernte und sonstige Ereignisse höherer Gewalt in Betracht zieht. In seinen weiteren Ausführungen betrafte der Redner die Steuererhebung und forderte deren gerechte Anwendung auf den Weinbau und wies im besonderen auf die Bedrückung des Weinbaues durch die Getreidemalage hin. Das Gesetz über die Getreidemalage räumt nämlich den Finanzbehörden das Recht ein, die Umlagemenge u. a. nach der landwirtschaftlich bebauten Fläche anzusetzen. Da es nun viele Winzer gibt, die lediglich soviel Getreide anbauen, als sie zu ihrem eigenen Bedarf benötigen, bedeutet ihre Heranziehung zur Umlage eine ungedehte Sonderbesteuerung, gegen die sich die Wingerschaft und auch die Landwirtschaft mit allen Mitteln wehren muß. Der Referent wies dann darauf hin, daß bei der fortschreitenden Not weiter deutlicher Volkstreife der Weinstock in Deutschland immer mehr abnimmt, und streift bei diesem Anlaß die immer mehr an Ausdehnung gewinnende Antiflohabewegung, der er schärfsten Kampf anjagt und den schließlich den deutschen Weinbau als ein Verschwinden eines wesentlichen Teils der deutschen Volkswirtschaft bezeichnet, wodurch viele Familien brotlos und der staatlichen Unterstützung anheimfallen würden. Der Redner forderte aus diesem Grunde ausgebreitete Maßnahmen zur Erleichterung der Weinausfuhr und verweist auf die Anreizungen, die andere Länder zur Erhöhung ihrer Weinausfuhr machen, während in Deutschland die Weinausfuhr erdrückt werden soll. Zum Schluß betont der Referent die Notwendigkeit einer einheitlichen geschlossenen Standesorganisation zur Lösung der brennenden großen wirtschaftspolitischen Fragen, nicht zuletzt zum Wohle der deutschen Volksgemeinschaft.

Mit diesen interessanten Ausführungen war die Tagesordnung erschöpft und der erste Präsident des deutschen Weinbauverbandes konnte, nachdem er allen Referenten den Dank der Organisation ausgesprochen hatte, den diesjährigen Weinbaukongress schließen. Den Schluß der Tagung bildet die vom Badischen Weinbauverband veranstaltete Weinstoffprobe badischer Weine, die berufen sein dürfte, der Qualität des heimischen Erzeugnisses auch in anderen Teilen des deutschen Reiches zu dem ihr gebührenden Ansehen zu verhelfen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Der **Evang. Oberkirchenrat** hat für den kommenden Sonntag eine allgemeine Kirchenversammlung in allen Gottesdiensten angestrichen der Liebeswerke der Inneren Mission angeordnet. Die Anstalten leiden infolge der Teuerung und der Knappheit ihrer Mittel so sehr, daß nur eine außerordentliche Hilfe die Einschränkung und das Aufhören ihres Wirkens für die Notleidenden verhüten kann. — In der Zeit bis zum 30. November soll eine Hausammlung von Geld und Lebensmitteln erfolgen.

DZ. Mannheim, 8. Sept. **Demonstration.** Eine größere Anzahl von Frauen, zirka 200, demonstrierten gestern auf dem Marktplatz gegen die Teuerung. Eine Anordnung wurde zum **Oberbürgermeister** gesandt, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß die Städte in bezug auf die Preisgestaltung im großen und ganzen ziemlich ohnmächtig seien. Die Demonstranten zogen dann zur Geschäftsstelle der Metallindustriellen am Friedrichsplatz. Die Menge verließ sich darauf ruhig.

DZ. Heidelberg, 8. Sept. Einem Arzt wurde auf der Fahrt im De-Juge zwischen Heidelberg und Darmstadt seine Brief-tasche mit Ausweispapieren und hohem Geldebtrag gestohlen. Der Verlohrer hat auf die Wiedererlangung des Geldes den Betrag von 50 000 Mark ausgesetzt.

DZ. Mosbach, 8. Sept. Da sich bei einer Besprechung Produzenten und Konsumenten über den Milchpreis nicht einigen konnten, setzte nunmehr ein Schiedsgericht den Milchpreis ab 6. September auf 15 Mark für den Liter Milch als Erzeugerpreis ab Siall fest.

DZ. Pforzheim, 8. Sept. Gestern früh wurde hier der Zimmermann **Wilhelm Bauer** von seiner Frau in der Küche tot aufgefunden. Bauer war spät nach Hause gekommen, hat sich nach der Küche begeben, um dort sein Abendessen aufzuwärmen. Er war jedoch in der Küche eingeschlossen. Wahrscheinlich hatte sich der Gas Schlauch gelöst, wodurch dann sein Tod durch Gasvergiftung eintrat.

DZ. Neuenburg, 8. Sept. Glässige Zeitungen melden aus Eichwald: Der durchschnittliche Wasserstand des Rheins beträgt gegenwärtig 2 Meter. Es befinden sich jedoch überall Kiesbänke, welche durch ihr stetiges Wechselseln eine Gefahr für die Schifffahrt bilden. In diesen Tagen fuhr nun das Schiff „Eriede“ auf eine solche Kiesbank auf und wurde derart beschädigt, daß Wasser in den Schiffsraum drang. Nur mit großer Mühe konnte das Schiff vom Untergang gerettet werden.

Badische Gemeindegewalt.

DZ. Reichenbach bei Gengenbach, 8. Sept. Bei der hier am Sonntag stattgefundenen **Bürgermeisterwahl** wurde **Hofbauer Andreas Buß** mit 246 Stimmen zum Ortsbürgermeister gewählt. Auf **Hofbauer Georg Wühler** waren 190 Stimmen entfallen. Von den 549 Wahlberechtigten hatten sich 437 an der Wahl beteiligt.

Wahl bei St. Blasien, 8. Sept. Im zweiten Wahlgange wurde der **Katholik Alfred Kaiser** mit 72 Stimmen zum Ortsvorstand gewählt. Der bisherige Bürgermeister **J. Schmidt** blieb mit 35 Stimmen in der Minderheit.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.
Den Betrieb eines Totalfaktors bei den Pferderennen in **Iffezheim** betz.
Dem Rennverein **Iffezheim** ist die Erlaubnis zum Betriebe eines Totalfaktors auf der Rennbahn in **Iffezheim** anlässlich des am 10. September 1922 stattfindenden **Pferderennens** erteilt worden.

Karlsruhe, den 6. September 1922.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
J. A. Dr. A. Jung. Müller.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurechweisungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Befördert:
Amtsgehilfe **Fridolin Sibold** beim Bezirksamt Mannheim zum Hausmeister.

Entlassen auf Ansuchen:
Regierungsrat **Dr. Emil Hofmann** beim Stat. Landesamt. Zurechweisung auf Ansuchen.

Kanzlistin **Marie Löhr** beim Bezirksamt Freiburg. Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:
Unterlehrer und Musiklehrer **Heinrich Münz** am Lehrerseminar in Weersburg zum Musiklehrer an das Realprogymnasium mit Realgymn. in Waldsbut.

Befest:
Professor **Franz Heilig** von der Oberrealschule in Freiburg an die Realschule daselbst.

Verliehen:
Dem planmäßigen außerordentlichen Professor für Sozialpolitik an der Universität Heidelberg **Dr. Emil Leberer** die akademischen Rechte und die Amtsbezeichnung eines ordentlichen Professors.

Badisches Landestheater.

Samstag, 9. Sept. 6 1/2 u. n. 10 Uhr. 70 Mk.
Abonnement A 1.

Neu einstudiert: Julius Cäsar.

Spielplan vom 10.—19. September.

Im Landestheater. So. 10.* Neu einstudiert. **Figaros Hochzeit.** 6 1/2. (140.00.) — Mo. 11. **Volksbühne.** N 7. **Die Weber.** 7. (70.00.) — Di. 12.* **Abonn. D 1.** **Violetta.** 7. (110.00.) — Mi. 13.* **Abonn. F 1.** **Peer Gynt.** 6. (90.00.) — Do. 14.* **Abonn. C 2.** **Der Revisor.** 7. (70.00.) — Fr. 15.* **Abonn. G 1.** **Orpheus und Eurydice.** 7. (110.00.) — Sa. 16.* **Abonn. E 1.** **Julius Cäsar.** 6 1/2. (70.00.) — So. 17. **Morgenfeier:** Kammermusik badischer Komponisten. 11. (40.00.) Neu einstudiert. **Othello.** 6 1/2. (200.00.) — Di. 19.* **Abonn. D 2.** Neu einstudiert. **Simon.** Musikal. Leitung: Der Komponist, Musikdirektor **Franz Philipp** von Freiburg i. B. 6 1/2. (110.00.)

Im der Festhalle. Mo. 18. IX. **Sinfonie** von Beethoven. 8. (150.00, 120.00, 100.00, 70.00, 50.00.)

Im Konzerthaus. So. 10.* **Im weißen Rössl.** 7. (80.00.) — So. 17.* **Im weißen Rössl.** 7. (80.00.)

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 9., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 11. an. A.547

Bellachini

Meister der Zauberkunst

gastiert noch bis einschl. Sonntag hier im

Eintracht-Saal

Sonntag nachmittag

Kinder- und Familien-Vorstellung

— Kinder halbe Preise. —
Preise der Plätze: Mark 50.—, 30.— und 20.—

Wieland, FaB & Co. G. m. b. H.
Karlsruhe Kaiserstraße 201 Telefon 1568
Telegraph-Adresse: Landmaschine
Großhandlung landwirtschaftl. und gewerblicher Maschinen
Vertreter erster Firmen der Branche
Beste und billigste Bezugsquelle

Bekanntmachung.

Die Verlosung der nach den Tilgungsplänen heim-zugehörenden Schuldverschreibungen des **Donaufischer Stadianlehens** vom Jahre 1896 wurde heute vor-schriftsmäßig vorgenommen. O.541

Es wurden zur Kündigung und Heimzahlung ge-zogen:
Buchstabe A Nr. 17, 37 zu je 2000 M.
Buchstabe D Nr. 6 zu 200 M.

Die beteiligten Anleihebesitzer haben hiebei mit dem Bemerken in Kenntnis gesetzt, daß die oben bezeichneten Schuldverschreibungen auf 30. Dezember zur Heimzahlung gefälligst werden und daß mit diesem Zeitpunkt die Verzinsung aufhört.

Die gezogenen Schuldverschreibungen löst die hiesige Stadtkasse vom 15. Dezember l. Js. an gegen Rückgabe der Anleihebescheine sowie der Zinsanweisungen und der noch nicht verfallenen Zinscheine ein.

Donaufischer, den 4. September 1922.
Gemeinderat.
Fischer.

Beim Bezirksamt Bret-ten ist auf 1. Oktober l. Js. eine **Kanzlei-Gehilfenstelle** gegen die gesetzliche Ver-gütung zu besetzen. Be-werber aus der Zahl der

Militärämter (In-baber des Zivildienstver-schweiges) wollen sich unter Vorlage ihrer Militär-sonstigen Dienstzeugnisse spätestens bis 30. Septem-ber l. Js. beim Bezirks-amt Bretten melden.

MILZA
Ich putze Messer fabelhaft!
Verkaufsstellen durch Plakate bekannt
Carmeline-Werke Hochst. VII

BOK SPORT
Sportartikel
preiswert und gut
Sporthaus Brannath
Karlsruhe Durlacher Tor

Junge Leute die zur See fahr. woll. erb. schriftl. Auffklärung u. Rat. **Auskunfts-Hamburg 36, Schlichtweg 112, J 82.**

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
O.921. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zigarettenfabrikanten **Ludwig Schneider** in Bind-schlag ist Termin zur An-führung der Gläubiger-ver-sammlung über den vom Konkursverwalter gestell-ten Antrag auf Einstel-lung des Konkursverfah-rens gemäß § 204 Kon-kursordnung oder die evtl. Erhebung von Klagen be-stimmt auf

Freitag, 15. Sept. 1922, vormittags 10 Uhr, in das Amtsgerichtsgebäu-de zu Offenburg, 3. Stad-Zimmer Nr. 18. **Offenburg, 30. Aug. 1922.** Der Gerichtsschreiber des **Amtsgerichts.**

Bekanntmachung.
Verfälschene Forsttaffeln.
Die **Fürstlich-Fürsten-bergische Verwaltung** sucht zu alsbaldigem Eintritt einen **badischen Forsttaf-fel** für Forsteinrichtung und Hilfsdienste. Ge-

haltsverhältnisse nach Ver-einbarung. Bewerbungen sind unter Angabe der persönl. Verhältnisse mit Zeugnissen belegt bis 15. September d. J. bei **Fürstl. Fürstenbergischer Kammer in Donaueschingen** einzureichen. A.568.2 **Fürstlich-Fürstenbergische Kammer.**

Lieferung und Aufstel-lung des Eisenbaues für die Überdachung des Bahn-hofes 1 im Bahnhof **Pforzheim** mit 34,5 Ton Gewicht öffentlich zu be-geben. Bedingnisheft und Zeichnungen auf Zimmer 7 unserer Dienststrasse Luisenstr. 2 zur Ein-sicht; dort auch Abgabe von Angebotsordruden. Angebote mit entsprechen-der Aufschrift, spätestens **bis Mittwoch, den 20. Sep-tember d. J., vormittags 11 1/2 Uhr,** verschlossen und postfrei an uns einzulen-ken. Zuschlagsfrist 4 Wochen. **Pforzheim, 1. Sept. 1922.** **Bahnbaupfektion.**

Badisch-Württemb. Güterverkehr.
Auf 11. September 1922 wird für Gültig von Mün-chen nach Schaff-hausen bei Wegeordnungs-„Anmündungen“ eine Tar-ifenänderung von 169 Rm. eingeführt. O.937 **Karlsruhe, 6. Sept. 1922.** **Reichsbahndirektion.**